V-69 Dringlichkeitsantrag: Syrien und Irak: tun, was möglich ist. Humanitäre Hilfe leisten - politische Lösung voran bringen

Antragsteller*in:	Omid Nouripour ((KV Frankfurt am Main))
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

In Syrien, Irak und der Region eskaliert eine humanitäre Katstrophe von schockierendem Ausmaß. Wir erleben entgrenzte Gewalt mit über einer halben Millionen Toten und mit 12 Millionen Syrer*innen und 5 Millionen Iraker*innen auf der Flucht. Aus der brutalen Bekämpfung des Bürgerprotests durch Assad in Syrien und den Folgen der fehlgeleiteten Invasion im Irak haben sich Stellvertreterkriege regionaler und globaler Machtinteressen entwickelt. Bündnis 90 / Die Grünen blicken mit großer Sorge auf das Scheitern von mehreren UN-Sondergesandten für Syrien, das Scheitern einer inklusiven Regierung im Irak und den Aufstieg von ISIS/Daesh.

Im Zentrum unseres Engagements für die Region steht das Ziel, Frieden für die Syrer*innen und Iraker*innen zu erreichen. Wir kritisieren, dass es im Ringen um Lösungen manchmal nur noch darum zu gehen scheint, auf welcher Seite man steht: USA oder Russland, Saudi-Arabien oder Iran, Sunniten oder Schiiten, Türkei oder Kurden, syrische Kurden oder irakische Kurden. Außerdem werden durch den angeblich gemeinsamen Kampf aller Akteure gegen ISIS/Daesh Fakten geschaffen, die die eigentlichen Konfliktursachen nicht angehen sondern verschärfen. Die Ursachen der Konflikte in Syrien und Irak mögen vielschichtig und unterschiedlich sein, für alle gilt aber: Es braucht eine politische Lösung für die gesamte Region.

Und auch wenn es schwerfällt, müssen wir leider einsehen, dass wir von Deutschland oder Europa aus alleine den Konflikt nicht lösen und das Morden enden werden können. Aber die Handlungsmöglichkeiten die wir haben, sollten wir in vollem Umfang ausschöpfen, um unseren Beitrag für einen Frieden in Syrien und Irak zu leisten.

Wir GRÜNE haben intensiv über den Umgang mit den entstandenen Konflikten und deren mögliche Deeskalation gerungen und haben immer wieder zum Frieden in der Region, zu einer humanitären Offensive sowie zu einer politischen Lösung aufgerufen und Konzepte dafür vorgelegt.[1] Für uns ist die Suche nach einer Lösung dieser Konflikte Ausdruck unserer internationalen Verantwortung, die wir nicht erst angefangen haben wahrzunehmen, als viele der Geflüchteten nach Europa kamen, um hier Zuflucht zu suchen. Aktuell schauen wir mit Entsetzen auf die menschenverachtende Belagerungssituation um Aleppo in Syrien und mit Sorge auf Mossul im Irak angesichts der militärischen Offensive. Auch wenn die Konflikte um die beiden Städte unterschiedlich gelagert sind, so kann man doch an beiden wie unter einem Brennglas erkennen, was das Drama der gesamten Region ausmacht.

Kämpfe um Aleppo umgehend beenden

Nirgendwo werden die humanitäre Katastrophe und der rücksichtlose Kampf auf dem Rücken der Zivilisten derzeit sichtbarer als in Aleppo. Nach Einschätzung des Nothilfekoordinators der Vereinten Nationen Stephen O'Brien durchleidet die Stadt seit Monaten eine „humanitäre Katastrophe, wie sie in Syrien noch nicht erlebt worden ist“. Mehr als 250.000 Menschen sind von allen notwendigen Gütern abgeschnitten, während die militärische Auseinandersetzung immer heftiger wird. Dass sich im Ostteil der Stadt auch Islamisten verschanzt haben und dass auch sie Kriegsverbrechen begehen, rechtfertigt in keiner Weise Kriegsverbrechen wie die Bombardierung ziviler Gebiete, unter anderem von Krankenhäusern und Schulen, mit Streu-, Brand und bunkerbrechenden Bomben und die Verhinderung des Zugangs für humanitäre Hilfe. Diese Verbrechen werden durch die Truppen Assads mit Unterstützung Russlands während der

Belagerung begangen. Der Sicherheitsrat ist deswegen blockiert, und die zahlreichen Aufrufe des VN-Generalsekretärs, den Sondergesandten für Syrien und Hilfsorganisationen zu einer dauerhaften Waffenruhe, den garantierten Schutz und die Notversorgung von Zivilist*innen sowie konstruktive Friedensgespräche wurden von den Kriegsparteien bislang weitestgehend ignoriert. Dennoch ist die internationale Gemeinschaft im fünften Jahr nach Kriegsausbruch mehr denn je gefragt, den Menschen in Syrien zu helfen.

Bündnis 90 / Die Grünen verurteilen aufs schärfste die Verbrechen, die an Zivilist*innen in Syrien verübt werden. Die Bombardierung von Krankenhäusern, Angriffe auf Hilfstransporte und deren Blockade und damit verbunden die Tatsache, dass knapp 700.000 Zivilist*innen in belagerten Orten von nahezu jeglicher humanitären Hilfe abgeschnitten werden, sind Kriegsverbrechen und müssen auch so benannt werden. USA und Russland müssen umgehend die Gespräche zu einer dauerhaften Beendigung der Kämpfe in Syrien wiederaufzunehmen und das Waffenstillstandsabkommen vom 12. September 2016 muss wieder in Kraft gesetzt werden.

Eine politische Lösung für Syrien voranbringen

Der politische Druck auf alle Kriegsparteien muss in Syrien weiter erhöht werden. Dies gilt vor allem für Russland, da Putin dafür sorgt, dass Assad den Krieg gegen Teile der syrischen Bevölkerung weiter führen und schwerste Kriegsverbrechen begehen kann: Aushungern und politische Säuberungen als Strategie, Verweigerung von humanitärer Hilfe für Zivilist*innen, den Abwurf von bunkerbrechenden, Fass-, Brand- und Chemiebomben (letztere trotz Einwilligung, diese zu vernichten) auf Wohnviertel und Folter in staatlichen Gefängnissen. Russland unterstützt das Regime und macht die Kriegsverbrechen erst möglich, anstatt seinen Einfluss hin zu einer Lösung des Konflikts geltend zu machen. Wir fordern, dass diese Verbrechen klar benannt werden.

Wir sollten uns im Rahmen der EU auf Maßnahmen einigen, die den notwendigen Druck auf Russland ausüben können, um weitere Verbrechen an syrischen Zivilist*innen zu verhindern. Gleichzeitig muss klargemacht werden, dass keine Partei, die für Kriegsverbrechen verantwortlich ist, mit einem moralischen Rabatt rechnen kann.

So müssen auch die Bombardierungen von Stellungen syrischer Regime-Truppen nahe Deir-ez-Zor durch die USA während des Waffenstillstandes am 12. September kritisiert und aufgeklärt werden. Der Vorfall hat die Lage verschärft und darf sich nicht wiederholen.

Wir GRÜNE haben uns in der Vergangenheit für die Möglichkeit einer „Uniting for Peace“-Resolution für Syrien ausgesprochen. Wir begrüßen deshalb die kanadische Initiative, eine „Uniting for Peace“-Resolution in der VN-Generalversammlung zu erwirken, um an Stelle des blockierten Sicherheitsrates Maßnahmen für Syrien zu beschließen. Wir fordern darüber hinaus, bereits heute die Vorbereitungen für ein Syrien nach dem Krieg zu treffen. Es muss Formate der Versöhnung und rechtlichen Aufarbeitung geben sowie eine Garantie für faire, unabhängige Gerichtsprozesse geben. In einer politischen Lösung muss es um die Beteiligungsrechte alle Syrer ohne Diskriminierung und um Gerechtigkeit gehen. Rache- und Vergeltungsakte müssen unbedingt verhindert werden – eine politische Lösung muss dafür Sorge tragen, dass alle Zivilist*innen gleichbehandelt werden. Dies ist langfristig mit Assad an der Spitze des Staates nicht möglich.

Mossul darf nicht Spielball der Regionalmächte werden

Mit dem Sturm auf Mossul wird ISIS/Daesh hoffentlich die wichtigste Bastion seiner Staatlichkeit verlieren. Und auch wenn es gut ist, wenn ISIS/Daesh hier geschlagen wird, so drohen in Mossul heute schon die Grundlagen für den nächsten Brandherd gelegt zu werden. Mossul darf nicht zum Spielball der Regionalmächte werden. So will die irakische Regierung mit der Unterstützung der iranischen Regierung und mithilfe schiitischer Milizen Mossul, die

Hochburg der Sunniten im Irak. Diese sind für ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen Sunniten bekannt. Die irakischen Kurden werden von Saudi-Arabien unterstützt, das auf diese Weise seinen Kampf um regionale Dominanz mit den Schiiten fortführt. Auch Erdogan unterstützt die Kurden, ohne dafür die Erlaubnis der irakischen Regierung zu haben, auf irakischem Gebiet einzugreifen. Das ist eindeutig völkerrechtswidrig. Gleichzeitig bildet die Türkei sunnitische Milizen aus, die auch an dem Sturm aus Rakka beteiligt sind. Hinzu kommt, dass Mossul bereits vor der Besetzung durch ISIS/Daesh außerhalb der Kontrolle der irakischen Zentralregierung lag und es bereits 2012 Berichte von Vertreibungen der Christen Mossuls gab. Die Befreiung Mossuls mag militärisch erreichbar sein, die Befriedung und Stabilisierung nach ISIS/Daesh ist aber nur mit einer politischen, von allen Parteien mitgetragenen Lösung möglich.

Wir GRÜNE fordern, mit allen Mitteln einer weitsichtigen und inklusiven Diplomatie Druck auf die beteiligten Parteien auszuüben, damit Mossul nicht das nächste Kapitel des zynischen Stellvertreterkriegs dieser Region wird. Es braucht eine enorme humanitäre Offensive, um die bis zu 1,2 Millionen Flüchtlingen menschenwürdig zu versorgen. Und wir fordern, die Kräfte zu stärken, die glaubhaft für eine inklusive Zukunft des Iraks eintreten.

Humanitäre Offensive für die Region

Derzeit benötigen 13,5 Millionen Menschen in Syrien und über 10 Millionen im Irak humanitäre Hilfe. Der Etat für humanitäre Hilfe für 2017 muss dringend erhöht werden. Es ist fatal und unverständlich, dass der Etatentwurf für 2017 eine Kürzung der Gelder für humanitäre Hilfe um 400 Mio. Euro vorsieht während wir solch einer humanitären Katastrophe gegenüberstehen. Die Bundesregierung muss den internationalen Hilfsorganisationen Planungssicherheit geben und Gelder realistisch veranschlagen, damit wir unserer moralischen und völkerrechtlichen Verantwortung in Syrien und in Mossul nachkommen können. Außerdem fordern wir ein großzügiges und nachhaltiges Resettlement-Programm für den Irak und die Nachbarstaaten Syriens in die EU. Der Familiennachzug für syrische Flüchtlinge muss wieder im vollen Umfang möglich werden.

Sehr besorgt sind wir über Vorwürfe gegen die VN, wonach diese zu eng mit dem syrischen Regime zusammen arbeiten. Fast ausschließlich Menschen in den von Assad kontrollierten Gebieten erhalten humanitäre Hilfe. 4,5 Millionen Menschen in schwer zu erreichenden Gebieten brauchen dringend humanitäre Versorgung, fast eine Million davon unter Belagerung. Das syrische Regime darf nicht länger verhindern, dass Hilfslieferungen wirklich und flächendeckend bei den notleidenden Menschen ankommen. Humanitäre Hilfe darf nicht als Kriegsstrategie missbraucht werden.

Wir unterstützen daher eine Evaluation des bisherigen humanitären Engagements, damit die VN sich weiterhin auf ihre Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität berufen können und Missstände gegebenenfalls behoben werden. Die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der VN sind essentiell, sonst verlieren wir eines der wichtigsten Instrumente der Verständigung, Konfliktlösung und humanitären Hilfe.

Es reicht nicht, dass wir einer der größten Geber für Syrien sind – wir müssen auch bereit sein, die Maßnahmen, welche dieses Geld ermöglicht, durchzusetzen. Darum müssen die VN-Resolutionen umgesetzt werden, um humanitäre Hilfe auch gegen den Willen Assads leisten zu können. Die Bundesregierung muss sich stärker dafür einsetzen, dass dies auch passiert. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, sich zusammen mit ihren Partnern an ihre eigene Zusage im Rahmen der International Syria Support Group (ISSG) zu halten. Die Staaten der ISSG müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Vereinten Nationen und das World Food Programme unterstützen, eine Luftbrücke für alle notleidenden Menschen in Syrien einzurichten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen, die vom Assad-Regime belagert und aus den Rebellengebieten vertrieben werden, registriert und versorgt werden können. Daraya darf sich nicht wiederholen: 2.000 Menschen wurden vertrieben und wir wissen bis heute nicht, was mit ihnen passiert ist. In Mossul drohen ähnliche Szenarien. Die VN müssen entsprechend finanziell, personell und rechtlich ausgestattet werden, damit Zentren für die Registrierung eingerichtet werden und die Menschen im Anschluss Versorgung erhalten können. Eine Rückkehr muss nach Ende der Kampfhandlungen möglich sein.

Wir GRÜNE werden uns weiterhin bestimmt für eine friedliche Zukunft der Region einsetzen. Gerade jetzt darf nicht weggeschaut oder vor den scheinbar unlösbaren Problemen kapituliert werden. Wir müssen zusammen die Möglichkeiten und Mittel, die uns zur Verfügung stehen, nutzen, um das tägliche Leid der Menschen zu lindern und eine langfristige politische Lösung voranzutreiben.

[1] 2011 in Kiel: „Das Regime in Syrien international isolieren – Die syrische Opposition unterstützen“; 2012 in Hannover: „Für eine friedliche, freie und demokratische Zukunft Syriens“; 2013 in Berlin: „Friedensprozess in Syrien unterstützen“; 2014 in Dresden: „Syrienkrise: Die Augen vor der humanitären Katastrophe in der Region nicht verschließen“ sowie in Hamburg: „Europäische Friedenspolitik Warum wir europäisches Engagement in der Welt brauchen“ und „Europäische Friedenspolitik BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN helfen den Menschen in Kurdistan, dem Irak und Syrien!“; und 2015 in Halle: „Lokal und global: Fluchtursachen angehen statt Symptome bekämpfen“, „Nous sommes unis - Mit Besonnenheit und Solidarität gegen die Angriffe auf Freiheit und Demokratie“ und „Für Frieden und Freiheit in der Türkei“

Begründung

erfolgt mündlich

Begründung der Eilbedürftigkeit: Die Antragsfrist für eigenständige Anträge zur BDK ist am 30. September 2016 abgelaufen. Die Situation vor Ort ändert sich derzeit nahezu täglich. Gravierende Beispiel hierfür sind der Beginn der militärischen Operation in Mossul sowie die die Zuspitzung der humanitären Situation in Aleppo. Daher will der Antrag eilbedürftig eingereicht.

Weitere Antragsteller*innen

Claudia Roth (KV Augsburg); Dr. Franziska Brantner (KV Heidelberg); Dr. Frithjof Schmidt, (KV Bochum); Peter Heilrath (KV München); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Dr. Anton Hofreiter (KV München-Land); Dr. Simone Peter (KV Saarbrücken); Cem Özdemir (KV Stuttgart); Dr. Robert Habeck (KV Flensburg); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Jürgen Trittin (KV Göttingen); Luise Amtsberg (KV Kiel); Erik Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Karl-Willhelm Koch (KV Vulkaneifel); Viola von Cramon (KV Göttingen); Sara Nanni (KV Münster); Eike Hallitzky (KV Passau-Land); Ute Koczy (KV Lippe); Mona Neubaur (KV Düsseldorf)